

Stadt Bruchköbel
DER MAGISTRAT

Guido Rötzer
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 08.12.2021

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel
Sitzungsnummer	8/2021
Datum	Dienstag, den 07.12.2021
Sitzungsdauer	19:00 Uhr bis 21:06 Uhr
Ort	Bürgerhaus Bruchköbel, Jahnstr. 3, 63486 Bruchköbel

Anwesende:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)
Stadtverordneter Baier, Patrick (BBB)
Stadtverordneter Bandura, Benedikt (FDP)
Stadtverordnete Biehler-Eckardt, Antje (FDP)
Stadtverordnete Blum, Silke (GRÜNE)
Stadtverordnete Bürgstein, Conny-Cassandra (GRÜNE)
Stadtverordnete Bürgstein, Patricia (GRÜNE)
Stadtverordnete Förster-Helm, Eike (GRÜNE)
Stadtverordneter Jüngling, Werner (FDP)
Stadtverordnete Jungmann, Katharina (FDP)
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)
Stadtverordneter Köbel, Andreas (FDP)
Stadtverordneter Köhler, Cieran (GRÜNE)
Stadtverordnete Lauterbach, Katja (FDP)
Stadtverordnete Lind, Franziska (SPD)
Stadtverordneter Linek, Klaus (GRÜNE)
Stadtverordneter Machtanz, Janis (SPD)
Stadtverordnete Neunemann-Güth, Nicole (FDP)
Stadtverordneter Ochs, Reiner (CDU)
Stadtverordnete Pauly, Monika (SPD)
Stadtverordneter Rechholz, Joachim (CDU)
Stadtverordnete Reul, Karina (CDU)
Stadtverordneter Ringel, Uwe (GRÜNE)
Stadtverordnete Seewald, Carina (BBB)
Stadtverordneter Sliwka, Thomas (CDU)
Stadtverordneter Spachovsky, Ralf (CDU)
Stadtverordneter Villnow, Andreas (FDP)
Stadtverordneter Wenzel, Harald (GRÜNE)
Stadtverordneter Woschek, Patrick (SPD)
Stadtverordneter Dr. Zeitler, Nicholas (CDU)
Stadtverordneter Zocher, Christian (CDU)
Stadtverordnete Zorbach, Stefanie (BBB)

Magistrat:

Bürgermeisterin Braun, Sylvia (FDP)
Erster Stadtrat Blum, Oliver (GRÜNE)
Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)
Stadtrat Rinkenbach, Hans (SPD)
Stadtrat Rodi, Philipp (FDP)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)

Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

entschuldigt:

Stadtverordnete Aydin, Nadide (SPD)

Stadtverordneter Hormel, Harald (BBB)

Stadtverordneter Kitzmann, Alexander (CDU)

Stadtverordneter Nohl, Frank (SPD)

Stadtverordneter Dr. Wingefeld, Volker (FDP)

Schriftführer:

Schriftführer Dr. Wächtler, Achim

Tagesordnung

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 02.11.2021
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3. Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4. Berichte aus den Ausschüssen
5. Haushaltsreden der Fraktionen
6. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-242/2021)
Grundsteuererhöhung 2022 vermeiden durch Ausgabenreduzierungen
und Streichung von geplanten Stellenerweiterungen
7. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-243/2021)
Wegfall der Stelle Referent des Bürgermeisters
8. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-245/2021)
Verschiebung der Investition Sanierung Hochzeitsallee und Erstellung
Butterstädter Radweg
9. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-246/2021)
Veräußerung der städtischen Wohnimmobilie Friedrich-Ebert-Straße 41-43
10. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-247/2021)
Schaffung Begehungspark „Generationenspielplatz Krebsbachpark“
11. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-248/2021)
Haushaltsantrag Nr.1 : Beitritt zur KGSt
12. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-249/2021)
Haushaltsantrag Nr. 2: Räumliche Stadtplanung – Aufstellung von
Bauleitplänen
13. Antrag BBB-Fraktion: (DS-9/2021)
Haushaltsantrag Nr. 2: Aufhebung der Müllmengenbegrenzung am
Bauhof
14. Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2022 der (DS-209/2021)
Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 15. | Änderungen zum Haushaltsentwurf 2022 | (DS-239/2021) |
| 16. | Änderung zum Stellenplan der Verwaltung für 2022 | (DS-238/2021) |
| 17. | Stellenplan der Verwaltung für 2022 | (DS-218/2021) |
| 18. | Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2021 bis 2025 | (DS-219/2021) |
| 19. | Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2021 bis 2025 | (DS-220/2021) |
| 20. | Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 | (DS-221/2021) |
| 21. | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 | (DS-222/2021) |
| 22. | Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP/GRÜNE/SPD:
Änderungsantrag zu DS 217/2021 Erlass einer neuen Abfallsatzung | (DS-240/2021) |
| 23. | Antrag der BBB-Fraktion:
Änderungsantrag zum TOP „Erlass einer neuen Abfallsatzung (Abfs.) und gleichzeitige Aufhebung der geltenden Abfallsatzung vom 01.07.2017 mit Änderungssatzung vom 01.01.2019“ | (DS-241/2021) |
| 24. | Erlass einer neuen Abfallsatzung und gleichzeitige Aufhebung der geltenden Abfallsatzung (Abfs) vom 01.07.2017 mit Änderungssatzung vom 01.01.2019 | (DS-217/2021) |
| 25. | Priorisierung von Landstraßenortsumgehungen
L 3195, Ortsumgehung Bruchköbel - Querspange Roßdorf | (DS-253/2021) |

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 32 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt er sich mit dem gesamten Haus zu einer Gedenkminute für den verstorbenen Ehrenstadtrat Manfred Lüer.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Meldungen.

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 02.11.2021
----	---

Gegen die Richtigkeit der Niederschrift vom 02.11.2021 haben sich keine Einwendungen ergeben, die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

2.	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
----	---

Der Stadtverordnetenvorsteher verweist auf die ausliegenden Schoko-Nikoläuse als Weihnachtsaufmerksamkeit.

3.	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
----	--

Die Bürgermeisterin berichtet zur Corona-Situation. In den Kitas werden wieder geschlossene Gruppen betrieben, so dass Servicezeiten auf 7:30 – 15:30 Uhr eingeschränkt sind. Eine

Gebührenrückerstattung erfolgt in den nächsten Monaten. In der Stadtbibliothek, der Fahrradwerkstatt und dem JFS gilt 3G.

Veranstaltungen in städtischen Liegenschaften wurden von Veranstaltern abgesagt. Sport findet unter den aktuellen Voraussetzungen bzw. Regeln der Verbände statt.

Mittlerweile sind wieder vier Testzentren in Betrieb, nämlich beim Lidl, vor dem Aloisius, in der Kellereigasse und in der Apotheke Roßdorf.

Das weihnachtliche Stadtdinner hat mit 2G plus Test stattgefunden und war eine gelungene Veranstaltung.

In der Verwaltung werden vermehrt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Homeoffice arbeiten.

Sie berichtet weiter zur planmäßigen Eröffnung des neu errichteten REWE-Marktes und des sanierten Getränkemarktes am 25.11.2021. Dazu war es auch notwendig, die Tiefgarage mit ca. 2/3 der Stellplätze den Kunden zur Verfügung zu stellen.

Weiter berichtet die Bürgermeisterin von zwei Bürgerversammlungen, die auch per Livestream im Internet abrufbar waren und immer noch sind. Am 15.11.2021 hat die reguläre Bürgerversammlung mit den Themen Abfall, digitaler Service und Stadtpolizei stattgefunden. Am 30.11.2021 folgte eine gesonderte Bürgerversammlung mit dem Thema Querspange vor Roßdorf.

Sie berichtet zu einer Kreditaufnahme in der Magistratssitzung vom 01.12.2021: Zur Finanzierung von Vorhaben des Teilfinanzhaushaltes 2021 wurde ein Kapitalmarktkredit in Höhe von 4.895.056,00 € bei der Deutschen Kreditbank AG aufgenommen. Die Auszahlung erfolgt am 23.12.2021. Die Kreditaufnahme erfolgt mit einer Zinsfestschreibung über die Gesamtlaufzeit von 30 Jahren mit einem Zinssatz von 0,54 %.

Ergänzend berichtet sie, dass der Gesamtbetrag der Kreditgenehmigung für das Haushaltsjahr 2021 beläuft sich insgesamt auf 19.895.056 €. Die jetzt noch zur Verfügung stehenden 15.000.000 € werden im Laufe des nächsten Jahres nach Bedarf am Kreditmarkt aufgenommen.

Zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses Butterstadt berichtet sie, dass aufgrund von Verzögerungen in den Gewerken Dachdecker und Putz-, Maler-, Trockenbauarbeiten der Bauzeitenplan um fast 2 Monate in Verzug geraten ist. Den größten Anteil am Verzug hat die ehemalige Putz-, Maler- und Trockenbaufirma. Durch deren fortgesetztes Nichterscheinen, ist der Bauablauf komplett gestört worden. Die wenigen erledigten Arbeiten waren zudem mangelhaft und mussten mehrfach nachgearbeitet werden. Der Bauverwaltung blieb keine andere Wahl, als der Firma zu kündigen, um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden. Die Beauftragung der neuen Firma ist erfolgt, die Arbeiten wurden schon aufgenommen. Aktuell werden die Mängel der vorherigen Firma beseitigt.

Hieraus ergeben sich Mehrkosten in Höhe von 120.000,00 Euro, dieser Betrag findet sich auch in den Änderungen der Verwaltung zum Haushalt. Einerseits handele es sich um die erhöhte Beauftragungssumme des Nachunternehmers und den am Markt manifestierten Preissteigerungen andererseits. Bei einzelnen Gewerken gibt es am Beschaffungsmarkt Preissteigerungen von bis zu 25 %, die diese Firmen durch die Verzögerung am Bau weitergeben können. Des Weiteren entstehen Kosten durch den nun nicht mehr zu verhindernden Winterbau. Im ursprünglichen Bauzeitenplan wäre das Gebäude schon geschlossen und dadurch gut geschützt gewesen. Um Trocknungszeiten, von z.B. Estrich und Innenputz zu gewährleisten ist eine Baubeheizung notwendig geworden.

Die Rohbauarbeiten und die Dacharbeiten sind im Übrigen abgeschlossen, die Fachgewerke Sanitär und Elektro haben mit der Rohinstallation begonnen. Die Innenputz- und die Trockenbauarbeiten sind im Gange. Die Tore werden noch in diesem Jahr eingebaut.

Mit dem verschobenen Bauzeitenplan wird die Übergabe an die Nutzer etwa Mitte April erfolgen.

Zur Sanierung der Kita Sternenland berichtet die Bürgermeisterin, dass der zweite Teil der Fenstersanierung begonnen hat und der größte Teil der Kunststofffenster bereits eingebaut wurde. Im März werden die Außendämmarbeiten starten und anschließend die Putz- und Malerarbeiten. Im Sommer soll eine Gasleitung zur Kita geführt und die alte Ölheizung durch eine Brennwerttherme ersetzt.

Im Alten Rathaus wird zunächst die Gebäudehülle saniert, während die Vorarbeiten für den Umbau im Inneren stattfinden. Die Fachwerksanierung wurde in Absprache mit der unteren Denkmalbehörde durch eine Fachfirma durchgeführt und am 30.11.2021 abgeschlossen. Parallel hierzu wurde mit den Reparaturmaßnahmen am Dach begonnen und die Ziegel- und Schieferflächen überarbeitet, die Klempnerarbeiten folgen diese Woche. Nach Abschluss der Dachsanierung wird das Gerüst zurückgebaut und die Arbeiten im Innenbereich beginnen. Die Möbel im Untergeschoss wurden bereits entsorgt.

Schließlich berichtet sie zu den Arbeiten am neuen Stadthaus, dass sämtliche sicherheitstechnischen Einrichtungen, sowie die für den Betrieb notwendigen Einbauten (Lüftung, Sprinkleranlage, Hausalarmierung, Digitalfunk Feuerwehr, Gaswarnanlage usw.) von den Sachverständigen abgenommen und den zuständigen Stellen des MKK gemeldet wurden. Der Betrieb der Tiefgarage wird derzeit von der Fa. Schoofs verantwortet, eine Abnahme des Bauwerks durch die Stadt Bruchköbel ist noch nicht erfolgt. Zur Sicherstellung der Betriebssicherheit im Hinblick auf die noch laufenden Baumaßnahmen wurde durch Schoofs ein Sicherheitsdienst gestellt, der bis zur regulären Betriebsaufnahme, geplant für Anfang Januar, die Sicherheit gewährleistet. Der Betrieb sowohl des REWE-Marktes, als auch der Tiefgarage läuft ohne Beanstandungen. Beide werden gut angenommen. Während dessen gehen die Arbeiten an den Freianlagen, dem Stadthaus selbst und dem Straßenbau Richtung Innerer Ring weiter. Im Stadthaus werden bereits die Bodenbeläge verlegt, technische Einbauten und Malerarbeiten vorgenommen. Die Gebäudetechnik ist schon teilweise in Betrieb (z.B. Heizung), die Photovoltaik wird gerade fertig gestellt. Sämtliche Arbeiten sind laut Bauzeitenplan im Soll, so dass derzeit nichts gegen einen pünktlichen Umzug der Verwaltung im März spricht.

4.	Berichte aus den Ausschüssen
----	------------------------------

Die Stadtverordnete Lauterbach berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Haupt- und Finanzausschusses am 09.11.2021 und 30.11.2021.

Der Stadtverordnete Woschek berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Familie, Kultur und Soziales am 16.11.2021.

5.	Haushaltsreden der Fraktionen
----	-------------------------------

Für die CDU-Fraktion hält der Stadtverordnete Ochs die Haushaltsrede.

Für die FDP-Fraktion hält die Stadtverordnete Lauterbach die Haushaltsrede.

Für die GRÜNE-Fraktion hält der Stadtverordnete Ringel die Haushaltsrede.

Für die SPD-Fraktion hält die Stadtverordnete Pauly die Haushaltsrede.

Für die BBB-Fraktion hält die Stadtverordnete Zorbach die Haushaltsrede.

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft im allgemeinen Einvernehmen die TOP 6 und 12 gemeinsam auf.

TOP 6.	DS-242/2021	Antrag der CDU-Fraktion: Grundsteuererhöhung 2022 vermeiden durch Ausgabenreduzierungen und Streichung von geplanten Stellenerweiterungen
TOP 12.	DS-249/2021	Antrag der BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr. 2: Räumliche Stadtplanung – Aufstellung von Bauleitplänen

Die Stadtverordnete Zorbach bittet, die Einzelziffern des CDU-Antrags einzeln abzustimmen. Dagegen regt sich kein Widerspruch. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt die Einzelziffern einzeln abstimmen.

Abstimmung zu DS-242/2021, Ziffer 1: bei 12 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 20 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) abgelehnt

Abstimmung zu DS-242/2021, Ziffer 2: bei 8 Ja-Stimmen (CDU) und 24 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD, BBB) abgelehnt

Abstimmung zu DS-242/2021, Ziffer 3: bei 12 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 20 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) abgelehnt

Abstimmung zu DS-242/2021, Ziffer 4: bei 8 Ja-Stimmen (CDU) und 24 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD, BBB) abgelehnt

Abstimmung DS-242/2021, zu Ziffer 5: bei 12 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 20 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) abgelehnt

Abstimmung zu DS-249/2021: bei 12 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 20 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) abgelehnt

TOP 7.	DS-243/2021	Antrag der CDU-Fraktion: Wegfall der Stelle Referent des Bürgermeisters
--------	-------------	--

Abstimmung: bei 12 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 20 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) abgelehnt

TOP 8.	DS-245/2021	Antrag der CDU-Fraktion: Verschiebung der Investition Sanierung Hochzeitsallee und Erstellung Butterstädter Radweg
--------	-------------	---

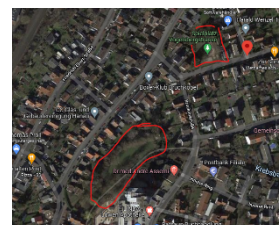
Abstimmung: bei 8 Ja-Stimmen (CDU) und 24 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD, BBB) abgelehnt

TOP 9.	DS-246/2021	Antrag der CDU-Fraktion: Veräußerung der städtischen Wohnimmobilien Friedrich-Ebert-Straße 41-43
--------	-------------	---

Abstimmung: bei 8 Ja-Stimmen (CDU) und 24 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD, BBB) abgelehnt

TOP 10.	DS-247/2021	Antrag der CDU-Fraktion: Schaffung Begehungspark „Generationenspielplatz Krebsbachpark“
---------	-------------	--

Abstimmung: bei 8 Ja-Stimmen (CDU), 20 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) und 4 Enthaltungen (BBB) abgelehnt



TOP 11.	DS-248/2021	Antrag der BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr.1 : Beitritt zur KGSt
---------	-------------	--

Abstimmung: bei 32 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, CDU, SPD, BBB) einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Stadt Bruchköbel begründet eine Mitgliedschaft in der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement).

Im allgemeinen Einvernehmen wird TOP 13 erst nachher mit den TOP 22, 23 und 24 aufgerufen.

TOP 14.	DS-209/2021	Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2022 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel
---------	-------------	--

Abstimmung: bei 20 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD), 1 Nein-Stimme (der Stv. Sliwka) und 11 Enthaltungen (CDU ohne den Stv. Sliwka, BBB) beschlossen

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2022 mit einem Jahresergebnis von minus 783.740,75 € (Verlust) wird beschlossen.

Die Stellenübersicht 2022 (Teil B – C) ist Gegenstand des Wirtschaftsplans und wird von der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Wirtschaftsplanes beschlossen.

TOP 15.	DS-239/2021	Änderungen zum Haushaltsentwurf 2022
---------	-------------	--------------------------------------

Abstimmung: bei 20 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) und 12 Nein-Stimmen (CDU, BBB) beschlossen

Beschluss:

Den in den beigefügten Anlagen aufgeführten Änderungen zum Haushaltsentwurf 2022 wird zugestimmt.

TOP 16.	DS-238/2021	Änderung zum Stellenplan der Verwaltung für 2022
---------	-------------	--

Abstimmung: bei 20 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) und 12 Nein-Stimmen (CDU, BBB) beschlossen

Beschluss:

Der in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. November 2021 eingebrachte Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 (Beschlussvorlage mit der DS-Nr. 218/2021) wird wie folgt geändert:

Im Produkt 01111030 „Zentrale Servicedienste“ wird eine Stelle von Entgeltgruppe 5 TVöD nach Entgeltgruppe 6 TVöD angehoben.

Im Produkt 02122060 „Meldewesen“ werden drei Stellen von Entgeltgruppe 6 TVöD nach Entgeltgruppe 8 TVöD angehoben. Weiter wird eine Stelle von Entgeltgruppe 9a TVöD nach Entgeltgruppe 9c TVöD angehoben.

TOP 17.	DS-218/2021	Stellenplan der Verwaltung für 2022
---------	-------------	-------------------------------------

Abstimmung: bei 20 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD), 7 Nein-Stimmen (CDU ohne den Stv. Rötzer) und 5 Enthaltungen (BBB, der Stv. Rötzer) beschlossen

Beschluss:

Der im Entwurf vorliegende Stellenplan der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2022 wird genehmigt.

TOP 18.	DS-219/2021	Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2021 bis 2025
---------	-------------	--

Abstimmung: bei 20 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) und 12 Nein-Stimmen (CDU, BBB) beschlossen

Beschluss:

Der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2021 bis 2025 wird gemäß § 101 Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11.12.2020 (GVBl. I S. 915) zugestimmt.

TOP 19.	DS-220/2021	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2021 bis 2025
---------	-------------	---

Abstimmung: bei 24 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD, BBB) und 8 Nein-Stimmen (CDU) beschlossen

Beschluss:

Dem Investitionsprogramm für den Zeitraum von 2021 bis 2025 wird gemäß § 101 Absatz 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11.12.2020 (GVBl. I S. 915) zugestimmt.

TOP 20.	DS-221/2021	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025
---------	-------------	---

Abstimmung: bei 20 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) und 12 Nein-Stimmen (CDU, BBB) beschlossen

Beschluss:

Dem Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2022 bis 2025 wird gemäß § 92 a HGO zugestimmt.

- das Haushaltssicherungskonzept ist Bestandteil des Haushaltes 2022

TOP 21.	DS-222/2021	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022
---------	-------------	---

Abstimmung: bei 20 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) und 12 Nein-Stimmen (CDU, BBB) beschlossen

Beschluss:

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11.12.2020 (GVBl. I S. 915) hat die Stadtverordnetenversammlung am.....folgende Haushaltssatzung beschlossen:

- siehe Satzungstext -

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft im allgemeinen Einvernehmen die TOPe 13, 22, 23 und 24 gemeinsam auf.

TOP 13.	DS-9/2021	Antrag BBB-Fraktion: Haushaltsantrag Nr. 2: Aufhebung der Müllmengenbegrenzung am Bauhof
TOP 22.	DS-240/2021	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP/GRÜNE/SPD: Änderungsantrag zu DS 217/2021 Erlass einer neuen Abfallsatzung
TOP 23.	DS-241/2021	Antrag der BBB-Fraktion: Änderungsantrag zum TOP „Erlass einer neuen Abfallsatzung (Abfs.) und gleichzeitige Aufhebung der geltenden Abfallsatzung vom 01.07.2017 mit Änderungssatzung vom 01.01.2019“
TOP 24.	DS-217/2021	Erlass einer neuen Abfallsatzung und gleichzeitige Aufhebung der geltenden Abfallsatzung (Abfs) vom 01.07.2017 mit Änderungssatzung vom 01.01.2019

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt die Einzelziffern der DS 241/2021 einzeln abstimmen.

Abstimmung zu DS 241/2021, Ziffer 1: bei 4 Ja-Stimmen (BBB) und 28 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, CDU, SPD) abgelehnt

Abstimmung zu DS 241/2021, Ziffer 2: bei 24 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD, BBB) und 8 Nein-Stimmen (CDU) beschlossen

Abstimmung zu DS 241/2021, Ziffer 3: bei 4 Ja-Stimmen (BBB) und 28 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, CDU, SPD) abgelehnt

Abstimmung zu DS 241/2021, Ziffer 4: bei 4 Ja-Stimmen (BBB) und 28 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, CDU, SPD) abgelehnt

Abstimmung zu DS-9/2021: bei 4 Ja-Stimmen (BBB) und 28 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, CDU, SPD) abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu DS 240/2021: bei 8 Ja-Stimmen (CDU) und 24 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD, BBB) abgelehnt

Abstimmung zur DS 240/2021: bei 20 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, SPD) und 12 Nein-Stimmen (CDU, BBB) beschlossen

Abstimmung zu DS 217/2021: bei 28 Ja-Stimmen (FDP, GRÜNE, CDU, SPD) und 4 Nein-Stimmen (BBB) beschlossen

Beschluss:

Der angehängten neuen Abfallsatzung und der gleichzeitigen Aufhebung der am 12.12.2017 beschlossenen Abfallsatzung (Abfs) und der am 21.08.2018 beschlossenen Änderungssatzung wird unter folgenden Änderungen zugestimmt.

- In § 6 Abs. 3 Abfs. werden alle Angaben zur maximalen Nutzlast gestrichen.
- Die Gebühren für Restmüllsäcke (§ 14 Abs. 3) werden auf einen Betrag von 6,00 festgelegt.
- Alle weiteren unter Gebühren (§ 14) aufgelisteten Beträge werden jeweils auf die erste Dezimalstelle aufgerundet.

Die neue Abfallsatzung wird ab 01.01.2022 in Kraft gesetzt.

Die Wahlrechte des § 10 (2) des Hessischen Kommunalabgabengesetzes (KAG) im Bereich der Abfallgebühren werden wie folgt ausgeübt:

1. Der Kalkulationszeitraum beträgt 4 Jahre.
2. Kostenüber- und Kostenunterdeckungen aus vorangegangenen Perioden werden, soweit zulässig, nach spätestens 5 Jahren durch Einbezug in eine Gebührenkalkulation ausgeglichen.

TOP 25.	DS-253/2021	Priorisierung von Landstraßenortsumgehungen L 3195, Ortsumgehung Bruchköbel - Querspange Roßdorf
---------	-------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet von einem Schreiben einer dem Projekt ablehnend gegenüberstehenden Initiative: einzelnen Damen und Herren Stadtverordneten sei nach dortiger Auffassung durch Äußerungen im Internet ein Widerstreit der Interessen im Sinne des § 25 HGO anzunehmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher verweist insbesondere auf die gesetzliche Festlegung des § 25 Absatz 1 Satz 2 HGO, denn bei letztlich allen Damen und Herren Stadtverordneten handele es sich um Angehörige einer Bevölkerungsgruppe, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt wird, gleich welcher Auffassung sie anhängen.

Er fragt im Übrigen, ob Stadtverordnete im Sinne des § 25 HGO einem Widerstreit der Interessen unterliegen könnten und bittet um entsprechende Wortmeldungen. Darauf ergibt sich keine Wortmeldung.

Die Bürgermeisterin spricht im Sinne der Vorlage. Insbesondere werde zunächst nur eine grundlegende Planung in Gang gesetzt, deren Folge möglicherweise der Bau der Querspange sei. Mit einer Querspange hätte Bruchköbel im Ganzen die Möglichkeit, Verkehre besser außerhalb der bewohnten Gebiete zu lenken und neue Gewerbeflächen erschließungstechnisch zielgerichtet zu entwickeln.

Währenddessen verlässt der Stadtverordnete Köbel den Sitzungsraum vorübergehend von 20:17 Uhr bis 20:19 Uhr.

Für die BBB-Fraktion bringt die Stadtverordnete Zorbach einen Änderungsantrag ein:
„Die Stellungnahme der Stadt Bruchköbel als Trägerin öffentlicher Belange im Planfeststellungsverfahren zur Ortsumgehung Bruchköbel - Querspange Roßdorf wird vor der Abgabe rechtzeitig zur Beratung und endgültigen Beschlussfassung an die Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.“

Sie spricht in diesem Sinne, insbesondere liegen nach Auffassung ihrer Fraktion nicht ausreichend Detailinformationen von HessenMobil vor, die eine verantwortungsvolle Abstimmungsvorbereitung im Sinne einer vernünftigen Verknüpfung und Abwägung von Argumenten pro oder contra ermöglichen könnten. Ihre Fraktion werde sich nicht an der Abstimmung zur Verwaltungsvorlage beteiligen.

Die Stadtverordnete Zorbach stellt im Übrigen den Antrag auf Verweisung beider Sachen in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Die Stadtverordnete Lauterbach spricht gegen den Verweisungsantrag.

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor, den Verwaltungsvorschlag einerseits und den Ergänzungsantrag andererseits als Ziffer 1 bzw. Ziffer 2 zu verbinden und getrennt abstimmen zu lassen. Dagegen regt sich kein Widerspruch, es wird so verfahren.

Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Projekts, es ergebe sich die Möglichkeit, eine seit Jahrzehnten bestehende Fragestellung mit sorgfältigen Planungen in Zukunft detailliert im Sinne einer vernünftigen Stadtentwicklung zu bewerten. Negativ fallen die ökologischen Auswirkungen für das konkrete Gelände ins Gewicht, wobei positiv die bessere Umweltbilanz bei kürzeren Wegen an der Wohnbebauung vorbei statt hindurch zu sehen sei. Mit der Planung und den damit zu erwartenden Ergebnissen könne die Bevölkerungsentwicklung und der Wohnungsbau positiv begleitet werden. Der ÖPNV sei über alles betrachtet noch nicht soweit, die verkehrliche Belastung aufzufangen.

Währenddessen verlässt der Stadtverordnete Woschek von 20:18 Uhr bis 20:25 Uhr vorübergehend den Sitzungsraum.

Die Stadtverordnete Pauly spricht im Sinne des Stadtverordneten Ringel, allerdings sei derzeit eine sachliche Bewertung nicht ohne Weiteres möglich. Die SPD-Fraktion werde differenziert abstimmen.

Der Stadtverordnete Spachovsky spricht ebenfalls differenziert zur Sache. Die Abstimmung in der CDU-Fraktion sei freigegeben.

Der Stadtverordnete Wenzel spricht gegen die Vorlage. Er spricht im Allgemeinen für eine Entwicklung des ÖPNV und in diesem Sinne gegen eine rückwärtsgewandte Fokussierung auf den Individualverkehr und insbesondere für Geschwindigkeitsbegrenzungen. Er spricht zum Verhältnis von wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen.

Die Stadtverordnete Lauterbach spricht gegen den Stadtverordneten Wenzel. Die Sache eigne sich nicht für eine Generalabrechnung mit der Umwelt- und Verkehrspolitik. Das Projekt biete mehr Chancen als Risiken. Die weitere Datenerhebung und Planung sei eine gute Basis für weitere Diskussionen und Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung. Sie spricht ebenfalls im Sinne des Ergänzungsantrags der BBB-Fraktion.

Der Stadtverordnete Woschek spricht differenziert gegen die Vorlage, jedenfalls sei die Sache nicht entscheidungsreif.

Die Bürgermeisterin spricht gegen den Stadtverordneten Wenzel. Insbesondere kümmere sich die Stadt engagiert um die Entwicklung von Radwegen und auch die Förderung von Veranstaltungen, z.B. das Stadtradeln.

Abstimmung zum Verweisungsantrag für beide Sachen: bei 5 Ja-Stimmen (BBB, der Stv. Machtanz) und 27 Nein-Stimmen (FDP, GRÜNE, CDU, SPD ohne den Stv. Machtanz) abgelehnt

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Ziffer 1 abstimmen:

Abstimmung zu Ziffer 1: bei 24 Ja-Stimmen (FDP, CDU, die Stv. Blum, Linek, Ringel, Patricia Bürgstein, Conny-Cassandra Bürgstein, Köhler, Wenzel und Lind), 2 Nein-Stimmen (die Stv. Förster-Helm und Machtanz) und 2 Enthaltungen (die Stv. Pauly und Woschek) beschlossen. Die BBB-Fraktion hat sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Der Stadtverordnete Wenzel sieht die Notwendigkeit, jetzt auf die Reaktionen zu seinem Wortbeitrag zu antworten. Die vorgeworfenen Aspekte hätten nicht im Mittelpunkt seines Redebeitrags gestanden, sondern der Wunsch nach einer Verkehrswende und entsprechender Bemühungen vor Ort.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nunmehr über den Ergänzungsantrag (Ziffer 2) abstimmen: Abstimmung: einstimmig beschlossen

Die Stadtverordnete Patricia Bürgstein kritisiert, dass bei der ersten Abstimmung nicht einwandfrei klar gewesen sei, über was genau abgestimmt werde. Dies sei erst für die zweite Abstimmung klar gewesen. Der Stadtverordnetenvorsteher bezieht sich bei der ersten Abstimmung auf den Verwaltungsvorschlag, jetzt Ziffer 1 der zusammengeführten Vorschläge. Er lässt die Abstimmung zur Verwaltungsvorlage, Ziffer 1 der zusammengeführten Vorschläge, im allgemeinen Einvernehmen wiederholen.

Abstimmung zu Ziffer 1 (DS 253/2021): bei 20 Ja-Stimmen (FDP, CDU, die Stv. Lind, Blum, Linek, Ringel), 6 Nein-Stimmen (die Stv. Förster-Helm, Patricia Bürgstein, Conny-Cassandra Bürgstein, Köhler, Machtanz, Wenzel) und 2 Enthaltungen (die Stv. Woschek und Pauly) beschlossen. Die BBB-Fraktion hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Beschluss:

1. Die Stadt Bruchköbel begrüßt die Planungen des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen zum Ausbau der Anbindung der L 3195 an die B 45 in Höhe des Ortsteils Roßdorf

2. Die Stellungnahme der Stadt Bruchköbel als Trägerin öffentlicher Belange im Planfeststellungsverfahren zur Ortsumgehung Bruchköbel - Querspange Roßdorf wird vor der

Abgabe rechtzeitig zur Beratung und endgültigen Beschlussfassung an die Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 21:06 Uhr.

Guido Rötzer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Achim Wächtler
Schriftführer